

Verlagspreis: Vierteljährlich (incl. Post) Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M. ...

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden - K. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Wegpreis: Vierteljährlich (incl. Post) Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M. ...

Anzeigen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. ...

Weiter wursteln?

Die Frage, ob die Regierungserklärung im Landtag und die sich daran anschließende Besprechung der politischen Lage, d. h. des Kommunismusaufstandes und seiner Folgen, sowie die zweite Beratung des Amnestiegesetzes, Klarheit in die politische Lage Sachsens bringen werden, ist noch ganz zweifelhaft. ...

Da muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die Gegenfraktion in der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion eine ganz außerordentliche Verschärfung gefunden haben, und daß zur Stunde, in der diese Seiten geschrieben werden, noch ein gewaltiges Ringen zwischen den beiden Richtungen vor sich geht. ...

Für diese Zeit gilt es zu rufen und unsere Organisation schlagkräftig zu gestalten. Wer aber den fortschreitenden Gesundungsprozess des Proletariats aufhält, wer unsere so stolze aufschwungnehmende Partei in Stücke schlagen und ...

Man sieht daraus deutlich, daß diese Politik tatsächlich nur von parteiorganisatorischen Gesichtspunkten aus gemacht wird. Die „Chemnitzer Volksstimme“ polemisiert in schärfster Weise gegen ihre eigenen Parteigenossen in Dresden und Leipzig und droht ...

lehten Sonntag fand in Helbra eine große Versammlung der Sozialisten statt, in der folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte, die, wie der „Vorwärts“ schreibt, „die Stimmung des größten Teils der Bevölkerung in Mitteldeutschland in recht klarer Weise zum Ausdruck bringt“:

„Die heute in Helbra tagende Versammlung verurteilt auf das Schärfste die kommunistische Irreführung der Massen und spricht ihre tiefste Enttäuschung aus über das verbrecherische Gesindel, das durch Rauben, Plündern und Morden das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. ...

Das hört sich denn doch ganz anders an und trägt jedenfalls den tatsächlichen Verhältnissen mehr Rechnung. Die sozialistischen Parteimitglieder von Mitteldeutschland weisen jede Gemeinschaft mit den kommunistischen Parteien entschieden von sich, während Herr Abg. Jellisch am selben Sonntag erklärte, für ihn und seine Freunde komme „aber nicht die kommunistische Partei als solche in Frage, sondern wir haben es mit den politisch irreführten Arbeitern als Menschen zu tun“. ...

„Das ebenso heuchlerische wie freche Spektakelstückchen wäre belanglos, wenn es nicht verriet, wie sich die Kommunisten in Zukunft aufzuspielen gedenken. Das ist wieder deshalb nicht gleichgültig, weil sie als Stützen der seitherigen Regierungsmehrheit in Betracht kommen und deshalb ihr Verhalten zum Ausgangspunkt bedeutsamer Entscheidungen werden kann.“

An der Tatsache, daß die kommunistischen Abgeordneten, die auch das Dresdner mehrheitssozialdemokratische Organ als „Moskauer“ bezeichnet, als Regierungspartei nicht mehr in Frage kommen, kann wohl kaum gerüttelt werden. Am schwersten scheint es den mehrheitssozialdemokraten zu werden, sich von den Unabhängigen zu trennen und daher scheint, wie schon oben angedeutet, bei einem Teil von ihnen die Geneigtheit zu bestehen, schließlich auch ohne kommunistische Unterstützung mit den Unabhängigen weiter zu regieren. ...

Das heißt also, daß die Regierung bereit ist, den schweren Kampf, den ihr die Kommunisten in der kommenden Zeit ansagen werden, auf sich zu nehmen, und daß sie glaubt, dem Ansturm mit Hilfe der Demokraten Stand halten zu können. ...

der Abzug der neun Kommunisten wird nicht weitgemacht durch den Zugang der acht Demokraten, wenn auch nicht im Strede gestellt werden kann, daß durch eine Teilnahme der Demokraten an der Regierung die Oppositionslust der beiden großen bürgerlichen Parteien geringer werden würde.“

Diese Auslassung zeigt, daß im demokratischen Lager doch eine Stimmung vorhanden ist, die nicht abgeneigt wäre, mit den Unabhängigen in eine Regierung einzutreten. ...

Die Situation hat sich aber nunmehr durch einen Zwischenfall in der Mittwoch-Sitzung des Landtages verschärft. Bei der bekannten Frage der Minderzulagen, das heißt der Gleichstellung der sächsischen Beamten mit den Reichsbeamten, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem mehrheitssozialdemokratischen Finanzminister Heldt und dem demokratischen Abgeordneten Dr. Dehne. ...

Wir haben diesen Vorgang deshalb angeführt, um zu zeigen, wie außerordentlich gereizt die Stimmung im Landtag gestern war, was sich übrigens auch bei verschiedenen anderen Reden bemerkbar machte. ...

Sächsischer Landtag

Dresden, 6. April. Präsident Freydorff eröffnet die Sitzung 1.15 Uhr. Die Abstimmung zu den Anträgen im Bericht des Haushaltsausschusses über die Verringerung der Not der Gewerbeschlossen wird auf Antrag der Rechten abweislich vorgenommen. ...

- Der Landtag wolle beschließen: I. zu den Anträgen Drucksachen Nr. 10 und 18 A. die Staatsregierung zu veranlassen: 1. bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck zu erstreben, daß ganz Sachsen als ein einheitlicher Notstandsbezirk anerkannt wird. ...